

# ***Solidarität mit den mutigen iranischen Frauen und ihrem Kampf für Freiheit***



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

## **Antragstext**

- 1 Bündnis 90/Die Grünen stehen ungebrochen solidarisch an der Seite der Menschen, die im Iran
- 2 leben. Menschen- und insbesondere Frauenrechte müssen gewahrt und geachtet werden. Wir
- 3 solidarisieren uns mit dem inspirierenden Mut allen voran iranischer Frauen, die trotz aller
- 4 Repressionen für ihre Freiheit und für ihre Rechte im Iran auf die Straße gehen.
  
- 5 Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Wurzeln in der Bürger\*innen-Bewegung stehen national wie
- 6 international Feministinnen, der Klima- und Bürgerrechtsbewegung, den LGBTQI-Aktivist\*innen
- 7 und der Eine-Welt-Bewegung und ihrem Kampf für Freiheit, Gleichheit, Menschen- und
- 8 Bürger\*innenrechte bei. Menschenrechte und Frauenrechte gehören weder „dem Westen“ noch
- 9 „dem Osten“, sie sind universell und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verbrieft.
  
- 10 Wir verurteilen die Repression und brutale Gewalt durch das Regime entschieden. Die
- 11 Bestrebungen nach politischer und religiöser Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie im
- 12 Iran unterstützen wir ausdrücklich. Im Iran werden Menschen-, Bürger\*innen- und Frauenrechte
- 13 systematisch missachtet und verletzt.
  
- 14 Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten wie etwa Kurd\*innen, Balutsch\*innen,
- 15 Baha'is, oder Sufis sind im Iran oft vielfachen Diskriminierungen und Verfolgungen
- 16 ausgesetzt. Aufgrund diskriminierender Gesetze sind Homosexuelle und andere sexuelle
- 17 Minderheiten (LGBTQI) im Iran regelmäßig der Gefahr von Belästigung, Gewalt und sogar dem
- 18 Tod ausgesetzt.
  
- 19 Jedes Jahr werden Millionen von Frauen im Iran staatlich organisiert angehalten, schikaniert
- 20 und sanktioniert, weil sie das Kopftuch „nicht korrekt“ tragen. Langjährige Gefängnisstrafen
- 21 und Misshandlungen während der Haft sind an der Tagesordnung. Seit der Amtsübernahme des
- 22 iranischen Präsidenten Ebrahim Raissi ist die Verfolgung von Frauen durch die sogenannte
- 23 Moralpolizei weiter verschärft worden.
  
- 24 Friedliche Proteste werden unterdrückt und niedergeschlagen. Unzählige Fälle von
- 25 Verschwindenlassen sind dokumentiert, diese Dokumentation wird vom Staat allerdings schlicht
- 26 ignoriert. Journalist\*innen, Regierungskritiker\*innen, Menschenrechtsverteidiger\*innen und
- 27 zivilgesellschaftliche Aktivist\*innen werden willkürlich festgenommen und oft ohne faire
- 28 Gerichtsverfahren verurteilt. Häufig erleiden politische Gefangene in der Haft Folter und
- 29 Misshandlungen und ihnen werden notwendige medizinische Behandlungen vorenthalten.
  
- 30 Seit den Protesten von 2019 haben die Justizbehörden des Regimes den Preis für friedlichen
- 31 Dissens dramatisch erhöht und Dutzende von Menschenrechtsverteidiger\*innen und -

32 aktivist\*innen zu jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt. Schwerwiegende Missbräuche durch  
33 die Sicherheits- und Geheimdienstbehörden bei den landesweiten Protesten von November  
2019  
34 werden bis heute vertuscht, genauso wie die zahlreichen Todesopfer der Proteste. Laut eines  
35 umfangreichen Berichts von Amnesty International sind insgesamt rund 7000 Männer, Frauen  
und  
36 auch Kinder innerhalb weniger Tage festgenommen, gefoltert und misshandelt worden. Dadurch  
  
37 seien zweifelhafte „Geständnisse“ über Teilnahmen an Demonstrationen, Mitgliedschaft in  
38 Oppositionsgruppen sowie Kontakte zu ausländischen Regierungen und Medien erzwungen  
worden.  
39 Darüber hinaus wurden einige junge Männer auf Grundlage des Vorwurfs, sich während der  
40 Proteste an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt zu haben, zum Tode verurteilt und  
41 hingerichtet.  
  
42 Wir fordern die Regierung Irans auf, die Diskriminierung und Verfolgung von  
43 Menschenrechtsverteidiger\*innen, religiösen und ethnischen Minderheiten, Frauen, LGBTQI,  
44 Journalist\*innen, Umweltaktivist\*innen, anders Denkenden und Oppositionellen einzustellen.  
  
45 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung auf Rechtsstaatlichkeit sowie auf die Einhaltung der  
46 Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts dringt. Die Initiative der Bundesregierung,  
47 bei der EU die Verantwortlichen für die Gewalt der iranischen Sicherheitskräfte in das EU-  
48 Sanktionsregime aufzunehmen, sowie die schnelle Aktualisierung des Lageberichtes Iran des  
49 Auswärtigen Amtes als Grundlage für die Entscheidungspraxis des BAMF im Asylverfahren zu  
50 nehmen, ist folgerichtig.  
  
51 Angesichts der aktuellen Lage im Iran halten wir die Aussetzung von Abschiebungen in den  
52 Iran für dringend geboten.  
  
53 Aufgrund einer falschen Einschätzung der Sicherheitslage durch die Große Koalition in  
54 Afghanistan und dem Iran wurden Personen abgeschoben, die sich nichts zu Schulden kommen  
55 ließen und zum Beispiel direkt von ihren Ausbildungsplätzen abgeschoben wurden. Sie sehen  
56 sich nun mit der katastrophalen Lage in diesen Ländern konfrontiert. Wir wollen, dass die  
57 dreijährige Einreisesperre für diesen Personenkreis aufgehoben wird.  
  
58 Geschlechtsspezifische Verfolgung, etwa durch diskriminierende Kleidungs Vorschriften, bei  
59 deren Missachtung den Betroffenen martialische Strafen drohen, sollen konsequent,  
60 vollumfänglich und grundsätzlich im Asylverfahren anerkannt werden.  
  
61 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich auf Bundes- und Landesebene dafür ein, dass die nach  
62 Deutschland geflohenen Iraner\*innen, die bisher nur eine Duldung haben, ein Bleiberecht oder  
63 mindestens einen subsidiären Schutzstatus im Folgeasylverfahren erhalten. Zudem wollen wir,  
64 dass häufiger und schneller humanitäre Visa für akut bedrohte  
65 Menschenrechtsverteidiger\*innen erteilt werden.  
  
66 Auch in Deutschland versucht das Regime, seine Kritiker\*innen zum Schweigen zu bringen.  
67 Durch Ausspähung, Einschüchterung, Überwachung, Hacks und wie im Falle des Terroranschlags  
  
68 im Berliner Restaurant „Mykonos“ sogar bis zur Ermordung von Oppositionellen. Wir stehen den  
69 Opfern dieser Aktivitäten zur Seite und werden unseren Beitrag leisten, um diesem Treiben  
70 ein Ende zu setzen.

71 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung im Rahmen der EU und  
72 gemeinsam mit internationalen Partner\*innen zusammenarbeitet, um der iranischen  
73 Bevölkerung  
74 zu helfen, Informationen frei und sicher im Internet und anderen Medien zu produzieren,  
74 zugänglich zu machen und auszutauschen. Menschenrechtsverletzungen durch hohe Beamte  
75 des  
75 iranischen Regimes müssen unabhängig untersucht, die Verantwortlichen zur Rechenschaft  
76 gezogen werden. Wir setzen uns innerhalb der Bundesregierung und auf europäischer Ebene für  
  
77 eine Ausweitung von personenbezogenen EU-Sanktionen, also von Einreisesperren und das  
78 Einfrieren von Vermögenswerten, ein. Wir prüfen gemeinsam mit unseren internationalen  
79 Partnern die Einstufung der für die Gewalt im Iran hauptsächlich verantwortlichen Gruppen  
80 der Revolutionsgarden (IRGC) und der Milizen der Basidsch als Terrororganisationen. Diese  
81 finanzieren und unterstützen aktiv Terrorgruppen in der Region und bringen dadurch Leid über  
82 die Menschen, nicht nur im Iran, sondern auch in Libanon, Syrien, Jemen und Irak. Wir werden  
83 unseren Beitrag leisten, ihnen dabei das Handwerk zu legen.  
  
84 Zudem verlangen wir faire rechtsstaatliche Verfahren für alle Inhaftierten im Iran und die  
85 sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen,  
86 Menschenrechtsverteidiger\*innen und LGTIQ-Aktivist\*innen. Auch die Abschaffung inhumaner  
87 Strafen wie Peitschenhiebe, die Einhaltung der Mindestgrundsätze der VN für die Behandlung  
88 der Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln) und die vollständige Umsetzung der  
89 Generalversammlungsresolution zur Menschenrechtssituation im Iran von 2021 sind überfällig.  
90 Dazu gehört auch die notwendige Änderung des Art. 48 der iranischen Strafprozessordnung  
91 dahingehend, dass allen Angeklagten endlich das Recht gewährt wird, durch eine  
92 Verteidiger\*in ihrer Wahl vertreten zu werden und Zugang zu einem fairen Verfahren im  
93 Einklang mit dem VN-Zivilpakt zu erhalten.  
  
94 Die Todesstrafe muss abgeschafft werden. Erst recht, wenn gegen die seitens des Iran  
95 ratifizierte VN-Kinderrechtskonvention Minderjährige hingerichtet werden. Auch diesen  
96 schulden wir unsere Solidarität und unsere Aufmerksamkeit.  
  
97 Die Menschen im Iran gehen für ein Leben in Gleichberechtigung, Demokratie und Freiheit und  
98 gegen die systematische Unterdrückung durch das Regime auf die Strasse. In diesem Kampf  
99 werden wir ihnen mit aller Kraft beistehen.